

Antrag

**der Abgeordneten Kersten Artus, Norbert Hackbusch, Dora Heyenn,
Christiane Schneider, Tim Golke, Heike Sudmann, Cansu Özdemir
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

zu Drs. 20/6894

Betr.: Tagungen, Kongresse und Messen in Hamburg – Privatisierung verhindern, die Messehallen sind für alle da!

Die Auslastung der Messehallen ist ausbaufähig. In den vergangenen Jahren haben laut den Geschäftsberichten der Messegesellschaft pro Jahr zwischen 41 und 48 Veranstaltungen, nach aktuellen Angaben in 2011 insgesamt 44 Messen und Ausstellungen stattgefunden. Übrige Veranstaltungen fanden immer nur im Congress Center Hamburg (CCH) statt. Im Jahresverlauf stehen die Messehallen überwiegend leer.

Der von der SPD vorgelegte Antrag „Hamburg als Zentrum für den Tagungs- und Kongressmarkt stärken“ benennt diese Tatsachen nicht, sondern bietet einen rein wachstums- und profitorientierten Blick auf die Gegebenheiten.

Hinzu kommt, dass Sanierungen der Gebäude stattfinden müssen. Diese sind für das CCH auch bereits geplant. Nach den einschlägigen Ausführungen des Senats im bürgerchaftlichen Ausschuss ist ein Ausverkauf des Anlagevermögens über PPP-Projekte zu befürchten. Daher muss die Bürgerschaft nunmehr dringend sicherstellen, dass der Arbeitsauftrag an den Senat deutlicher umrissen wird und Grenzen in Bezug auf den Ausverkauf städtischen Eigentums aufzeigt. Außerdem sollen die Messehallen den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt mehr als bisher und kostenlos zur Verfügung stehen.

Notwendige Investitionen sind zudem von der Stadt zu tätigen. Und da von den im bisherigen Umfang stattfindenden Messen sowohl die Wirtschaft als auch die Kammern profitieren, sollen sie sich daran beteiligen, Messen, Tagungen und Kongresse kostendeckend zu ermöglichen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. auslastungserhöhende alternative Nutzungen der Messehallen prüfen zu lassen wie zum Beispiel Flohmärkte oder Second-Hand-Märkte.
2. prüfen zu lassen, wie die Wirtschaft als auch die Handels- und die Handwerkskammer an den ursächlichen Kosten stärker hin zu einer Kostendeckung beteiligt werden können.
3. keinen Ausverkauf des Anlagevermögens an potenzielle PPP-Projektpartner vorzunehmen.